

# **Newsletter 22.4.2022**

## Greenpeace hört unbekannten Wal-Ruf

WissenschaftlerInnen haben im Rahmen einer Greenpeace-Expedition einen bisher unbekannten "impulsiven Laut" von Buckelwalen aufgezeichnet und in einer aktuellen Studie veröffentlicht.



Wieder haben ForscherInnen auf Greenpeace-Schiffen eine aufsehenerregende Entdeckung gemacht. Greenpeace führte im November 2019 entlang des Mount Vema, einer bergigen Unterwasserregion im Atlantischen Ozean, 1.000 Kilometer vor der Küste Südafrikas eine Expedition zur Erforschung der Tiefsee durch. Dabei setzten WissenschaftlerInnen der Universität Stellenbosch (Südafrika) und Exeter (UK), die an Bord der *Arctic Sunrise* forschten, verankerte Hydrophone ein, um Buckelwale in dem Gebiet zu untersuchen. Die Daten wurden analysiert und jetzt in einer Studie veröffentlicht. Sie zeigte, dass dabei auch ganz unbekannte Wallaute aufgezeichnet wurden.

Die Studie dokumentierte über elf Tage 600 Walrufe. Im Rahmen der Untersuchung wurden am häufigsten Kontaktrufe zwischen Müttern und Kälbern aufgezeichnet, die den Tieren helfen, einander zu finden und auch beim Füttern zum Einsatz kommen. So konnten die ForscherInnen bestätigen, dass Vema ein wichtiger Futterplatz für Wale ist.

"Wir verstehen noch nicht ganz, was dieser neu entdeckte Ruf in der Kommunikation der Buckelwale bedeutet – aber es ist faszinierend, dass dieses bisher unbekannte Geräusch nun erstmals dokumentiert wurde. Unsere Studie bestätigt, dass Wale die bergige Vema-Region auf ihrer langen Reise durchqueren und hier nicht nur auf Nahrungssuche sind, sondern auch ihre Kälber großziehen. Seeberge sind reiche Lebensräume für viele wandernde Arten und müssen endlich umfassend geschützt werden", erklärt Dr. Kirsten Thompson von der Universität Exeter und den Greenpeace International Research Laboratories. Sie ist eine der WissenschaftlerInnen, die das Projekt leitet.



### Wichtigkeit des Meeresschutzes aufgezeigt

"Die Hohe See galt lange als karge Region. Bahnbrechende Forschungen wie diese zeigen, dass es darin vor Leben wimmelt! Doch noch gibt es kein rechtlich bindendes, internationales Abkommen zum Schutz der Hohen See. Darum ist es nicht möglich, das Gebiet rund um Vema zu schützen - genau wie viele andere artenreiche Regionen und Wanderrouten auf Hoher See. Nur drei Prozent der Weltmeere sind angemessen geschützt, und das reicht bei weitem nicht aus, um die Lebensräume zu bewahren, auf die die Wale angewiesen sind", sagt Lukas Meus, Meeresexperte bei Greenpeace.

Im August ist die fünfte Verhandlungsrunde für ein UN-Hochseeschutzabkommen geplant. Greenpeace fordert ein starkes Hochseeschutzabkommen, das die Grundlage für ein weitreichendes Netzwerk an Schutzgebieten bilden könnte. Greenpeace unterstützt die Forderung von WissenschaftlerInnen, bis 2030 mindestens 30 Prozent der Meere zu schützen. Expeditionen wie die der *Arctic Sunrise* liefern wichtige argumentative Grundlagen dafür. Ermöglicht werden sie durch die Spenden tausender UnterstützerInnen von Greenpeace.

## Neue Hoffnung für die Doggerbank

Unser Einsatz wirkt – in Aktionen und wirksamer Kampagnenarbeit haben wir das Verbot der zerstörerischen Grundschleppnetzfischerei in einem wichtigen Gebiet der Nordsee erreicht.



Die Doggerbank befindet sich etwa 100 km vor der Ostküste Englands und ist ein großes flaches Gebiet in der Nordsee. Sie war einst Teil einer als Doggerland bekannten Landmasse, die während der letzten Eiszeit Europa und die Britischen Inseln miteinander verband. WissenschaftlerInnen vermuten, dass Steinzeitmenschen in diesem Gebiet einst Wollmammuts gejagt haben.



Heute beherbergt die seit langem untergetauchte Doggerbank einige ganz andere Bewohner. Das Wasser der Doggerbank ist das ganze Jahr über reich an winzigen Schwimmpflanzen, dem so genannten Phytoplankton, und bietet damit einer Vielzahl von Vögeln und anderen Meeresbewohnern eine ideale Nahrungsgrundlage. Dazu gehörten die bunten Papageientaucher ebenso wie der Riesenhai, der zweitgrößte Fisch der Welt.

Die Doggerbank ist offiziell als Meeresschutzgebiet ausgewiesen, aber bis vor kurzem bedeutete das in der Praxis noch nicht viel. Denn was die Doggerbank zu einem Hotspot der Tierwelt macht, macht sie auch zu einem Ziel für die Fischereiindustrie. Sie ist seit langem als Fischereigebiet bekannt, aber der Aufstieg riesiger industrieller Fischereischiffe, die täglich Hunderte von Tonnen Fisch an Land ziehen können, hat dem Ökosystem großen Schaden zugefügt. Und wie in den meisten britischen Meeresschutzgebieten war die industrielle Fischerei innerhalb des so genannten Schutzgebiets völlig legal. Besonders problematisch ist dabei der Einsatz von Grundschleppnetzen. Diese werden entlang des Grundes gezogen und fangen alles, was dort lebt. Zurück bleibt verwüsteter Meeresboden.

Greenpeace und andere Organisationen setzen sich seit Jahrzehnten für den Schutz der Doggerbank ein, aber in letzter Zeit wurden die Bemühungen intensiviert. Im Jahr 2020 wurde Greenpeace sehr direkt aktiv: Greenpeace-AktivistInnen luden Dutzende großer Felsbrocken auf den Meeresboden ab, um eine "Felsbarriere" zu schaffen. Durch diese können industrielle Fischereischiffe ihre Netze nicht ziehen – so schuf der Einsatz der AktivistInnen den Schutz, den die Gesetze noch nicht gewährten.

Gleichzeitig schlossen sich über 350 000 Menschen der Kampagne für einen besseren Schutz der Meere an und übten Druck auf Abgeordnete und Minister aus, um die zerstörerische Fischerei an Orten wie der Doggerbank zu stoppen.

### Erfolg: Grundschleppnetze sind nun verboten!

Einige Monate später schlug die Regierung ein vollständiges Verbot der Grundschleppnetzfischerei im Meeresschutzgebiet Doggerbank sowie neue Beschränkungen in drei ähnlichen Gebieten im ganzen Land vor. Im April 2022 wurde das Verbot offiziell bestätigt.

Und jetzt hatte der Einsatz Erfolg. Die Doggerbank und drei weitere Schutzgebiete sind nun dauerhaft für die zerstörerische Grundschleppnetzfischerei gesperrt. Das ist ein fantastischer Erfolg der Bewegung für den Schutz der Meere. Noch existieren zwar viele der britischen Schutzgebiete nur auf dem Papier, doch der Erfolg könnte weiteren echten Schutz erwirken – umso mehr, wenn es uns gelingt, ein starkes UN-Meeresschutzabkommen zu erreichen.

Der Einsatz zeigt, was mutige Aktionen vor Ort in Zusammenarbeit mit fundierter Kampagnenarbeit und dem Rückenwind von Petitionsunterschriften bewirken können. Diese Kombination ist das Markenzeichen von Greenpeace – und wird durch die UnterstützerInnen ermöglicht.

### Plastikmüll kostet Österreich bisher schon 220 Mio. Euro

Die Plastikflut in Österreich nimmt kein Ende. Dafür zahlt Österreich hohe Steuern. Greenpeace fordert, die verantwortlichen Konzerne, nicht die SteuerzahlerInnen dafür zahlen zu lassen.

Jährlich fallen in Österreich rund 300.000 Tonnen an Plastikverpackungsmüll an. Über 200.000 Tonnen davon werden nicht recycelt. Offiziell wurde 2019 30,8 Prozent des Mülls recycelt, doch laut der Altstoff Recycling Austria (ARA) ist die Quote in der Praxis noch niedriger. Im EU-Vergleich liegt



Österreich damit auf dem viertletzten Platz. In den Niederlanden oder in Schweden werden 57 Prozent beziehungsweise 53 Prozent der Plastikverpackungen recycelt.



Die massive Flut an Plastikverpackungsmüll kostet nicht "nur" die Umwelt, sondern auch die SteuerzahlerInnen. Der Grund dafür ist die seit dem 1. Jänner 2021 in Kraft getretene Plastiksteuer der EU. Auf jedes Kilogramm nicht recycelten Plastikverpackungsmüll hebt die EU seit dem letzten Jahr 80 Cent ein. Österreichs zusätzliche Steuer beträgt bis jetzt schon 220 Millionen Euro.

Für das Geld hätten in Österreich etwa zehn Mehrweganlagen mit einer Kapazität von 60 Millionen Flaschen jährlich errichtet werden können. Aber sie ist auch unfair, wie Sebastian Theissing-Matei von Greenpeace erklärt: "Die Plastiksteuer trifft in Österreich genau die Falschen. Anstatt die für die Plastikflut verantwortlichen Konzerne zur Kassa zu bitten, werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gestraft."

### **Greenpeace fordert Einweg-Abgabe**

Um den Umstieg auf Mehrweg zusätzlich zu beschleunigen, fordert Greenpeace von der Bundesregierung eine Abgabe auf alle Einwegverpackungen. Ein Vorbild dafür kann die Stadt Tübingen sein. Dort werden seit Anfang 2022 je 50 Cent auf Einwegverpackungen von Gastronomiebetrieben, Bäckereien oder Tankstellen eingehoben. Gleichzeitig unterstützt die Stadt Gastronomen mit bis zu 500 Euro bei der Anschaffung von Mehrweggeschirr.

Greenpeace hat bei Plastik schon viel erreicht. Die Wiedereinführung von Mehrweg in Österreichs Supermärkten folgt einer jahrelangen Greenpeace-Kampagne. Auch international ist sie erfolgreich – zuletzt hat Coca-Cola zum ersten Mal angekündigt, ein Viertel seiner Flaschen künftig als Mehrwegflaschen herzustellen. Möglich sind diese Erfolge durch die Greenpeace-UnterstützerInnen.